Die Landrätin

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 3. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 23.02.2026

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

4. Stopp der Bau- und Planungsmaßnahmen für das Leitstellenmodul des Feuerwehr- und Rettungsdienstzentrums
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.01.2026 - DS-Nr.: 6569 -
- Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion vom 20.01.2026 - DS-Nr.: 6569/1 -
Vernetzung der Kreisleitstelle
- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.02.2026 - DS-Nr.: 6569/2 -

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie ihren Antrag vom 20.01.2026 *(Anmerkung der Verwaltung: DS-Nr. 6569)* zurückziehe. In der Presse habe sie dies bereits hinlänglich begründet. Das Land habe bislang noch keinen Stopp derartiger Planungen verkündet. Ihrer Prüfungspflicht habe sie Genüge getan. Darüber hinaus habe sie heute noch einen neuen Antrag eingebracht, um eine Kooperation mit anderen benachbarten Kreisen sowie der kreisfreien Stadt Bielefeld zu prüfen.

Die Fraktion Die Linke begrüßte, dass die CDU-Fraktion ihrem Vorschlag gefolgt sei, den Antrag zurückzuziehen. Sie hätte sich gefreut, wenn der neue Antrag nicht ganz so kurzfristig gestellt worden wäre, um ihn fraktionsintern noch beraten zu können. Die CDU-Fraktion entgegnete, dass sie nicht der Empfehlung der Fraktion Die Linke gefolgt sei, sondern eigenen Einsichten.

Die FDP-Fraktion zeigte sich erfreut, dass die CDU-Fraktion ihren ursprünglichen Antrag zurückgezogen habe. Als man seinerzeit entschieden habe, die Leitstelle neu zu bauen, habe es bereits die grundlegende Diskussion über eine mögliche Zusammenlegung von Leitstellen im Land gegeben. Sie denke nicht, dass das rechnerisch ermittelte mögliche Einsparpotenzial realisiert worden wäre. Vielmehr hätte man das Projekt nur verzögert sowie aufwendiger, komplexer und teurer gemacht. Sie könne sich dem neu eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion anschließen, sofern auch die Verwaltung eine Erweiterung auf die anderen Nachbarkreise und die Stadt Bielefeld für sinnvoll erachte. Bisher gebe es den Beschluss, mit dem Kreis Paderborn eine Redundanz und Kooperation einzugehen.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte, dass auch sie die Sicht der Verwaltung dazu interessiere. Möglicherweise sei der zu betreibende Aufwand zum jetzigen Zeitpunkt zu groß. Es könne sinnvoll sein, in kleinen Schritten eine Kooperation vorzubereiten, im ersten Schritt mit dem Kreis Paderborn.

Die Verwaltung führte aus, dass sie vor die Lage kommen wolle, indem man Kooperationen eingehe; sie verfolge diese Absicht bereits seit zwei Jahren. Einen Letter of Intent für eine Kooperation mit dem Kreis Paderborn gebe es bereits. Hier sei man in Gesprächen und demnächst werde es auch einen Termin geben, um dies öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Sie verstehe den neuen Antrag der CDU-Fraktion so, dass man nach und nach mit potenziellen Kooperationspartnern spreche und schaue, wer in Betracht

komme; sie nehme an, dass dies nicht auf einen Schlag erfolgen müsse. Die CDU-Fraktion bestätigte dies.

Die Verwaltung erklärte, dass man mit dem Kreis Paderborn zunächst einen Kooperationspartner habe und es auch noch die Redundanz in Warendorf gebe. Darüber hinausgehende Gespräche seien nicht ausgeschlossen. Sie gehe davon aus, dass auch andere Kreise auf den Kreis Gütersloh zukämen. Die hier stattgefundene Diskussion habe auch Auswirkungen über die Kreisgrenzen hinaus gehabt.

Die SPD-Fraktion ging davon aus, dass die Verwaltung auf Fachebene immer im Austausch stehe. Streng genommen handele es sich bei dem neuen Antrag der CDU-Fraktion nicht um eine Änderung des ursprünglichen Antrags, sondern um etwas Neues. Eigentlich könne darüber heute nicht entschieden werden, weil der Tagesordnungspunkt etwas anderes zum Gegenstand habe. Ihres Erachtens bedürfe es keines Auftrages an die Verwaltung, sodass sie dem nicht zustimme.

Die Fraktion Die Linke brachte ein, dass in Rede stehe, dass künftig eine Leitstelle 1 Millionen Einwohner abdecken solle. Durch die Kooperation mit dem Kreis Paderborn erreiche man bereits eine Einwohnerzahl von 800.000. Zunächst einmal sollte geschaut werden, wie die Kooperation mit dem Kreis Paderborn funktioniere, und das Feuerwehr- und Rettungsdienstzentrum mit der Leitstelle zu Ende gebaut werden.

Die AfD-Fraktion stellte sich die Frage, ob es rechtlich überhaupt möglich sei, über das Bundesland hinauszugehen. Darüber hinaus äußerte sie, dass jeder Kreis eine Leitstelle vorhalten müsse und es für den Ausfall von Leitstellen bereits Krisenpräventionspläne gebe. Der Antrag erübrige sich und könne nur abgelehnt werden.

Die CDU-Fraktion ließ wissen, dass in der heutigen Sitzung keine Abstimmung darüber erfolgen müsse.

Die Landrätin hielt sodann das Einvernehmen fest, über den neuen Antrag der CDU-Fraktion erst in der Sitzung des Kreistages am 02.03.2026 abzustimmen.

Ergebnis: Ohne Abstimmung